

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

11 (14.1.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Belegstellenanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichtenthaltung des Belegungsgebietes, bei geschäftlicher Betreibung und bei Konturen außer Kraft tritt. Geschäftszeiten und Verlagsort: Karlsruhe i. B. o. Schloß der Neuenstadt 2. U. B. vormittags

Antere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Aufstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Ober Zulassung 2.20 Mark o. Durch die Post 2.66 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Gehaltslos 6 mal wöchentlich ammittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe i. B., Waldstraße 28 o. Januar 1920 und 1921 o. Volksfreund-Büro: Durlach, Hauptstraße 9, D.-Boden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Kolonnenstraße 2; Offenburg, Republikstraße 1

Nummer 11

Karlsruhe, Mittwoch, den 14. Januar 1931

51. Jahrgang

Deutschland und die Völkerbundsratsstagung

Amstisch wird mitgeteilt: Das Reichskabinett beschäftigte sich am Dienstag nachmittag mit der bevorstehenden Tagung des Völkerbundsrates. Der Reichsminister des Auswärtigen erstattete eingehenden Bericht über die in Genf zu behandelnden Fragen. Die über die deutsche Delegation einzuweisenden Befehle.

Der Reichsminister mochte der Besprechung nicht bei, da er an einer leichten Grippe erkrankt ist und einige Tage das Bett hüten muß.

Deutscher Kommunist aus England ausgewiesen

London, 13. Jan. (Ein. Draht). Polizeiamtlich wird mitgeteilt, daß der deutsche Kommunist Gustav Sobotta in der vergangenen Woche nach England eingereist ist. Er habe sich in das Südwaliser Berggebiet begeben und in einer Versammlung der streikenden Bergarbeiter eine kommunistische Rede gehalten. Sobotta habe bei seiner Einreise das Verbot abgelehnt, sich jeder politischen Propaganda zu enthalten. Er habe jedoch das Gegenteil getan und sei deshalb nach London geladen und von dort unter polizeilicher Bewachung nach Dover gebracht worden, wo er das Schiff nach Ostende habe besteigen und zurückkehren müssen.

Reichswehrsoldat und Offizier Ein Zwischenfall

EM. Münster i. W., 13. Jan. Im Hotel „Fürstenthor“ kam es heute abend in Anwesenheit zahlreicher Zivilpersonen zwischen einem Reichswehrsoldaten und einem Offizier zu einem heftigen Zwischenfall. Der Offizier hatte, um sein Aussehen zu erregen absichtlich darüber hinweggesehen, daß ihm der Soldat nicht grüßte. Nunmehr trat der Soldat an den Offizier in respektvoller Haltung heran und versuchte unter dem Vorwand: „Sie sind ein Offizier zu werden. Mehrere Personen fragen Sie nach dem Namen und den Soldaten zu übermitteln.“ Es gelang ihm jedoch, aus dem Hotel ins Freie zu gelangen, wo er erst nach längerer Verfolgung durch mehrere Straßen festgenommen werden konnte. Das Reichswehrkommando hat eine Untersuchung eingeleitet.

Abg. Herold gestorben

Berlin, 13. Jan. Der Zentrumsgesandte des preussischen Landtags und Reichstags, Herold, ist am Dienstag in Krefeld infolge von Malaria im Alter von 83 Jahren nach kurzer Krankheit an den Folgen einer Grippe gestorben. Herold gehörte seit 1889 dem preussischen Landtag und seit 1898 dem Reichstag ununterbrochen an und spielte früher eine führende Rolle.

Stahlhelmführer Düsterberg verurteilt

Das erweiterte Schöffengericht in Landsberg a. W. verurteilte den Stahlhelmführer Oberleutnant a. D. Düsterberg wegen Verleumdung des ehemaligen Reichsinnenministers Karl Severing zu 900 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 1000 M. Geldstrafe beantragt.

Der Angeklagte hatte sich am 19. März 1930 in einer Stahlhelmsammmlung in Landsberg über die Teilnahme des damaligen Reichsinnenministers Severing an der Berliner Kundgebung am 1. März 1930 folgendermaßen geäußert:

„Es ist bedauerlich, daß der Reichspräsident neben einem so feinen Reichsminister sitzen mußte, und daß dieser marxistische Hanswurst am Abend das Volk verhetzte.“ Der angeklagte Stahlhelmführer gab zu, den Ausdruck Hanswurst gebrauch zu haben, beziffert aber die übrigen Sätze, so daß die Zeugen, drei Kriminalbeamte, ihm erst das Gedächtnis auffrischen mußten. Im übrigen wollte der Angeklagte in dem Ausdruck „Hanswurst“ keine Beleidigung sehen. In der Begründung des Urteils führte Landgerichtsrat Dr. Schwinge eine erheitliche Sprache. Er verwies darauf, daß es Aufgabe der Rechtsprechung sein müsse, die Ehre der im öffentlichen Leben Stehenden zu schützen, und dies umso mehr, in einer Zeit, in der man verusche, die Ehre der Reichsminister anzutasten. Es habe eine Zeit gegeben, in der die Rechtsprechung diesen Grundsat nicht immer so befolgt habe, deshalb müsse jetzt schärfer vorgegriffen werden.

Schwere Zusammenstöße in Erfurt

Erfurt, 14. Jan. (Rundfunk der SPD.) Am Dienstag kam es hier vor der Berlin-Erfurter Maschinenfabrik Henry Vels u. Co. wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Arbeitenden, Streikenden und Erwerbslosen. Als die Polizei eingriff, wurde sie mit einem Steinhaue empfangen. Ein Polizeioffizier trug eine schwere Wunde am Kopf davon. Schließlich machten die Beamten von der Schußwaffe Gebrauch. Der 23jährige erwerbslose Maurer Hugo Hoffmann aus Gispersleben bei Erfurt ist tödlich getroffen zu Boden. Eine Person erhielt einen Armbruch. Die Belegschaft der Berlin-Erfurter Maschinenfabrik war in den Streik getreten, weil die Werksleitung, die in dem Thüringer Metallstreik vorgezogene Lohnsenkung vorgenommen hatte. Als der Streikverbot verbindlich erklärt wurde, nahm die Hälfte der Belegschaft die Arbeit wieder auf, während die andere Hälfte fast ausschließlich Kommunisten, in dem Streik verbarnte. Die Arbeitslosen wurden von den Kommunisten terrorisiert, so daß es bereits am Dienstag vormittags zu Zusammenstößen kam, denen der blutige Konflikt mit der Polizei am Dienstag nachmittags folgte.

Nachverhandlungen für die Eisenbahner

Die Eisenbahner-Organisationen haben, dem Vorkaufs zu Folge, den Streikverbot über die Arbeitszeit für die Reichsbahn einmütig abgelehnt. Der Reichsarbeitsminister hat bereits Nachverhandlungen angesetzt.

Wann Bullerjahn-Revision?

Weitere Stimmen für die Wiederaufnahme

In dem Januarheft der Monatschrift Die Justiz nimmt der Professor der Rechte an Universität Gießen, Herr Mittermaier, Stellung zu den beiden Hauptgründen des Wiederaufnahmegeruches für den zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilten Oberstaatsanwalt Bullerjahn: erstens, daß der im Urteil ungenannte Zeuge Herr von Gontard bekannt ist, und daß in seine Vertrauenswürdigkeit starke Zweifel gesetzt werden, zweitens, daß jetzt der französische Leutnant Herr Joff, ausläge, er habe Herrn Bullerjahn nie gesehen und nichts mit ihm zu tun gehabt. Hierzu schreibt Herr Mittermaier:

„Ich halte jeden einzelnen dieser Punkte schon für ausreichend, daß die Zulässigkeit des Wiederaufnahmeverfahrens geprüft und, wenn sich die Punkte nur als möglich erweisen, die Wiederaufnahme auch ausgesprochen werde. Es werden hier neue Tatsachen und Beweismittel beibracht, die allein oder in Verbindung mit den früher erhobenen Beweisen die Freisprechung zu begründen geeignet sind.“

Die Reue im prozessualen Sinn ist gegeben. Der Zeuge

Gontard war damals nicht bekannt. Es wurden andere Zeugen vernommen, die von einem Vertrauensmann sprachen, der aber unbekannt blieb. Wenn dieser nun bekannt wird, ist das zum mindesten eine neue Tatsache, aber auch ein gegenüber dem Verfahren neues Beweismittel, ein damals unbekanntes, unerreichbares. Ebenso ist die Enttarnung seiner damals als sicher angenommenen Vertrauenswürdigkeit eine neue Tatsache. Der Zeuge Joff war schon damals bekannt und genannt. Aber er galt als unerreichbar, er schied damit aus. Wenn er nun erreichbar sein sollte, so ist er für das Verfahren neu, wie seine Aussage, die damals zwar schon angeboten, aber nicht gerichtsbekannt wurde.“

Die französische Liga für Menschenrechte hat sich an die französische Regierung gewandt, um eine offizielle Erklärung zum Fall Bullerjahn zu erreichen. Wie verlautet, dürften die amtlichen französischen Stellen dieser Aufforderung schon in den nächsten Tagen nachkommen und öffentlich die Versicherung abgeben, daß Bullerjahn niemals mit der Interalliierten Militärkommission, dem französischen Kriegsministerium oder sonstigen militärischen Stellen in Verbindung gestanden habe.

Hochverrat am Proletariat

Arbeitslose gegen Arbeiter

„Kurzum, die Aktion, die begann mit der Kriegserklärung der Kommunisten gegen das Proletariat und der Arbeitslosen gegen die Arbeiter, war verloren vom ersten Augenblick an, und in einer Aktion, die so beginnt, können die Kommunisten nie und nimmer irgend etwas, sei es auch nur inoralisches, Bietre, gewinnen.“

Paul Levi antwortet dem Märzputz des 10. April.

Der wilde Streik im Ruhrgebiet ist nicht ganz programmäßig verlaufen. Die Hoffnung der kommunistischen Presse auf Ausdehnung des Kampfes zum Generalkrieg, zur „revolutionären Aktion“ über ganz Deutschland wurde zerschanden. Gewerkschaftskämpfe zu provozieren gegen die Gewerkschaften und unter Mißbrauch der Arbeitslosen diese Kämpfe zu „revolutionären Aktionen“ zu steigern, das war der Sinn der Arbeitslosenpartei, der Sabotageakte, des Terrors gegen die Parolen der freien Gewerkschaften folgenden Bergleute. Und so kam es zu jenen tragischen Zwischenfällen, wo hungrende Proletarier, von den Kommunisten mißbraucht, mit Gewalt gegen ihre Arbeitsbrüder in den Betrieben zu Felde zogen. So kam es zu jenen blutigen Mordfällen kommunistischer Arbeitsloser auf freie Gewerkschafter, kam es zum Krieg der Kommunisten gegen das Proletariat, der seine Steigerung fand im gemeinen kommunistischen Mordmord von Klassenossen. Diese Taktik der Sowjetfälscher ist ein schlechtes Klischee der Märzaktion, denn sie ist nichts anderes als ein Rückfall in die Methoden jenes Kommunistenputzes vor zehn Jahren. Damals allerdings, um mit Marx zu sprechen in den Tragödie, heute eine Farce.

So wie in diesen Streiftagen im Ruhrgebiet um Moers, so wurden dort vor zehn Jahren die Arbeiter mit Gewalt von den kommunistischen Erwerbslosen zum Streik gezwungen, bzw. mußten sich auf einzelnen Zehen die Arbeiter mit Knüppeln den Zutritt zur Arbeitsstelle erzwingen. So wiederholte sich das Trauerspiel wie vor zehn Jahren, daß Arbeitslose in die Betriebe eindringen, um die Arbeiter zur Verfolgung der kommunistischen Parolen zu zwingen und von ihnen Klassenossen mit Gewalt abgewiesen werden mußten. Wieder folgten Hunderte Kommunisten den Losungen ihrer Partei, gingen aus den Betrieben, um nun auf der Straße zu liegen und das Arbeitslosenheer zu vermehren. Dasselbe Manöver wiederholt sich wie vor zehn Jahren, als Paul Levi diese verbrecherische Strategie in seiner Broschüre „Unser Weg“ mit folgenden Worten anprangerte:

„In Trupps von 200, 300 Mann, oft mehr, oft weniger, gingen sie aus den Betrieben: der Betrieb ging weiter; sie sind heute erwerbslos, die Unternehmer haben die Gelegenheit benutzt, die Betriebe kommunistenrein zu machen in einem Falle, in dem sie selbst einen großen Teil Arbeiter auf ihrer Seite hatten.“

So wie vor zehn Jahren glaubt auch heute wieder die kommunistische Zentrale in Fredebecker Gewissenlosigkeit, eine revolutionäre Situation erzwingen zu können durch den „Kampf der Arbeitslosen gegen die Arbeitenden, den Kampf der Kommunisten gegen die Proletarier“. Mit Schlagring, Knüttel und Revolver ausgerüstete hungernde Erwerbslose werden aufgespielt zur Gewerkschaftsprengung, zum Kampf gegen ihre Arbeitsbrüder in den Betrieben. Dieser kommunistische Vordertampfer der Arbeiter gegen die Arbeiter hat mit Klassenkampf nicht das mindeste zu tun. Er ist alles andere, nur nicht marxistisch. Er ist anarchistisch und putschistisch nach dem Rezept: „Und willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein!“ In dreifaltigen Schlagreifen erklärt die rote Fahne den freien Gewerkschaften den Krieg unter der Ueberchrift:

„Schlagt die Streikbruch-Organisationen!“ Wie 1920, so erklärt die kommunistische Partei erst den Arbeitern den Krieg, um sie dann, wie Paul Levi anklagend feststellt, „zur Aktion zu prägen“.

Wie merkwürdig sieht doch in den Köpfen der kommunistischen Parteileitung der proletarische Klassenkampf aus. Erst erklärt man der großen Mehrheit des Proletariats den Krieg unter der Parole „Zerschlagt die sozialfaschistischen Gewerkschaften!“, dann schlägt und mißhandelt man seine Klassenossen, um sie mit diesen Terrormaßnahmen für die revolutionäre Aktion zu gewinnen. Diese kommunistische Prügelpädagogik nach dem Rezept „Gieße erneuern die Liebe“ hat mit Klassenkampf nichts gemein; denn mit Gewalt bewirkt man kein solidarisches Handeln, mit Bruderkampf keine proletarische Einheit. Für diese Neuaufgabe hatunistischer Methoden ist in der deutschen Arbeiterklasse kein Boden. Und auch die verzweifeltsten erwerbslosen Klassenossen werden heute wie 1920 begreifen lernen, daß mit dieser Taktik nur die Arbeiterklasse geschwächt und den kapitalistischen Ausbeutern gebiert wird. Denn diese Taktik vor zehn Jahren war es, die das Leunawerk zur gelben Hochburg, die Mitteldeutschland zu einem Trümmerfeld für die Arbeiterbewegung machte. Und doch war damals die Situation insofern noch günstiger, als der Faschismus noch nicht so wie heute vor den Toren stand. Denn das ist gerade das Verbrecherische der kommunistischen Taktik, daß sie die Arbeiterklasse schwächt in einem Augenblick, wo es sich um Sein oder Nichtsein der proletarischen Bewegung, um die Ueberwindung der faschistischen Gefahr handelt.

Aber gerade deshalb glauben wir, daß auch die Arbeitslosen und irreführten Klassenossen die Lehren des Märzputzes von 1920 nicht in den Wind schlagen werden, daß sie die neue kommunistische Strategie erkennen als das, was sie ist, nämlich als Hochverrat am Proletariat.

Kommunistische Gewerkschaftsaktion zusammengebrochen

Der Zusammenbruch der kommunistischen Aktion im Ruhrgebiet hat innerhalb der Führung der Kommunisten wieder einmal zu schweren Zusammenstößen geführt.

Der von Josefsoff für die Aufsiedlung von NSD-Läden in Deutschland verpflichtete Reichstagsabgeordnete Dahlem hatte sich hinsichtlich der Beurteilung der Lage im Ruhrgebiet auf keinen Fraktionsfreund Florin den Bezirkssekretär der SPD im Ruhrgebiet verlassen. Dieser hatte in fantasievollem Bericht die Stimmung zum „Loschlagen“ als glänzend geschildert, sodas der Wacker der Gewerkschaftsleitung der kommunistischen Zentrale die Zeit für eine Spaltung des freien Bergarbeiterverbandes für günstig hielt.

In wochenlangen Vorbereitungen waren die kommunistischen Mitglieder instruiert worden, in es wurde ihnen sogar der Ausschluß aus der Partei angedroht, wenn sie sich nicht streng an die Parolen der Partei halten würden. Für die Bildung von Erwerbslosenpartei und Stoktrupps auf den einzelnen Zehen und in den einzelnen Betrieben waren große Mittel angewendet, desaleichen fanden ungeheure Flugblättermengen und Handzettel zur Verfügung.

Die Moskauer Gewerkschaftsinternationale hatte besondere Instruktionen ins Ruhrgebiet entsandt, trotzdem brach nach einem kurzfristigen Ueberwundungsversuch auf einigen Zehen, deren Befehlshaber zunächst vor dem Terror kommunistischer Banden zurückwichen, die ganze Aktion schmächtig zusammen.

Mißlungener Nazivorstoß bei Berliner Verkehrsgeellschaft

Berlin, 13. Jan. (Eis, Draht.) Ein von 137 abgehenden Arbeitern der Berliner Verkehrsgeellschaft (BVG.) gegen den Betriebsratsvorsitzenden sowie seinen Vertreter angestrebter Prozeß endete am Montag mit einer Abweisung der Kläger. Die Aktion war von der Nationalsozialistischen Partei als großer Vorstoß gegen freigemeinschaftlichen Gesamtverband und die sozialdemokratischen Versammlungsmittglieder aufgezo-gen worden.

Als letztes Mittel beantragten die Kläger, dem Direktor Bro-lat den Eid auszuschieben. Stolat beschwor, er habe weder mit dem Betriebs- oder Arbeiterrat der BVG, noch mit einzelnen Vertretern der Betriebsvertretung vereinbart, daß die Entlassungen im Herbst 1930 nach politischen Gesichtspunkten erfolgen sollten; er habe auch keinen Angestellten der BVG, entsprechende Anweisung erteilt.

In diesem Augenblick verloren sämtliche Kläger jedes Verständnis für eine geordnete und sinnvolle Prozeßführung, es kam zu einem internen Kampf zwischen den Haupttrübsführern und jeder einzelne verlor, beim Schlusswort noch einmal ganz sinnlose Anträge zu stellen.

Der Richter versuchte vergeblich, den Enttäuschten klar zu machen, daß das nicht möglich ist und verkündete schließlich die Abweisung der Klage, da der Nachweis, daß Vorstand und Betriebsrat zusammen mit den Gewerkschaften die Beilegung politischer Gegner beschlossen hätten, nicht im Entferntesten erbracht werden konnte.

Die Weltagrarkrise

Feststellungen der Völkerverständigen

Die Berichte der Agrarverständigen, die in diesen Tagen in Genf zu Beratungen zusammengetreten sind, sind vom Völkerverständigenrat zu einer Gesamtdarstellung über die Weltagrarkrise verarbeitet worden.

In der Denkschrift über die Weltagrarkrise wird darauf hingewiesen, daß die Hauptursache durch die fortschreitende Mechanisierung des landwirtschaftlichen Betriebes und die Desorganisa-tion, die der Weltkrieg hervorgerufen hat, hervorgerufen wurde. Die Hauptursachen liegen in dem Mißverhältnis zwischen Verkaufspreis und Selbstkostenpreis. Der größte Teil der Agrarproduktion habe noch nicht einmal das Vorkriegspreisniveau erreicht. In Deutschland wird die Situation durch die Verschuldung der Landwirtschaft, die auf 12 Milliarden geschätzt wird, verkompliziert. Die Denkschrift meint, daß die größte Bedeutung einer Rationalisierung des Warenabflusses durch die Produzenten zukomme. Hier wäre die Mitarbeit des Staates nötig. Man denke an die Schaffung von Getreidemonopolen und die internationale Ausdehnung solcher und ähnlicher Organisationen.

Frühjahrstagung der franz. Kammer

Bouillon wieder Kammerpräsident; Präsidentenwahl im Frühjahr

Das französische Parlament ist am Dienstag zu seiner ordentlichen Frühjahrstagung zusammengetreten.

Das Hauptereignis der Tagung steht erst für Mai bevor. Es handelt sich um die Neuwahl des Präsidenten der Republik. In vier Monaten ist die Amtszeit Doumergues abgelaufen. Der Aufmarsch der Kandidaten ist durch eine Reihe von Zufälligkeiten arg in Verwirrung geraten: Poincaré, der die besten Aussichten hatte, ist wieder erkrankt; Briand ist durch die Hysterie in Deutschland um einen Teil seines Einflusses gebracht worden; Petet und Bismarck sind in den Schmutz des Duxric-Standals verstrickt. So bleibt eigentlich nur noch der schaffensfrohe Dardieu und der höchst unbekannte lothringische Senator Lebrun im Rennen. Vielleicht aber läßt sich Doumergue dazu bestimmen, noch weitere sieben Jahre in dem goldenen Käfig des Elysées zu verharren.

Die Eröffnung der Sitzungen in Kammer und Senat brachte zunächst eine Trauertagung für den Marshall Joffre. Während sich der Senat dann sofort vertagte, schritt die Kammer zu der Neuwahl ihres Präsidenten. Der sozialistische Abgeordnete Bouillon, der den Posten des Kammerpräsidenten schon seit vier Jahren verwaltete, wurde mit 227 Stimmen wiedergewählt; sein Gegenkandidat, der gemäßigte Radikale Bouilloux-Lafont, erhielt 200 Stimmen. 80 Stimmen waren verpflütert.

Sitzung der Völkerverständigen

Die Völkerverständigen, die einst neben der Reparationskommission zu den wichtigsten ausführenden Organen des Versailler Vertrages gehört hat, seit Jahren aber völlig in den Hintergrund gedrängt worden ist, hat am Quai d'Orsay wieder eine Sitzung abgehalten. Sie gab, wie ein amtliches Komunique erklärt, der Erledigung laufender Angelegenheiten.

Ueberreichung der polnischen Note in Genf

Genf, 13. Jan. Der ständige Delegierte Volens beim Völkerverständigenrat hat heute dem stellvertretenden Generalsekretär Avenol die angekündigte Note der polnischen Regierung überreicht.

Bei Franzosen

Besuch beim Nazi-Minister in Braunschweig!

Ja, ich liebe die fertige und niederdrückliche ehemalige Residenzstadt, in der es immer so herzhafte nach Knackwürst und Rüben riecht und deren Wappentier ein stolzer Löwe ist, der so majestätisch das Wahl aufreißt, daß man seinen eingeknickten Schwanz gar nicht bemerkt. Hier nun residiert als Nachfolger Heinrichs des Vö-nich Herr Minister Franzen aus Schleswig-Holstein meermittlungslos, der im höheren Auftrage von Adolf Hitler als Rapporteur des dritten Reiches seine staatsmännlichen Sporen verdient. Herr Franzen ist ein freundlicher, völkischer Herr mit Wangen rund und er spricht jenes vertrauenswedenbeft des Vaterlandtan-nöwners, dessen Zauber mit Berlingewöhnlichem merkt an die han-noverische Heimatdrille geht.

Es beginnt ein Frage- und Antwortspiel: „Der Nationalsozialismus ist für den Außenstehenden eine merkwürdige Erscheinung. Etwas, dem man mit Vernunft und Logik schwer beikommen kann...“

„Unter Parteiprogramm hat mit Vernunft und Logik nichts zu tun. Es ist nur gefühlsmäßig zu verstehen. Sehen Sie zum Beispiel unsere waderen SA-Leute. Keiner von ihnen ist imstande, über unser Parteiprogramm mit politischen Gegnern zu diskutieren. Sie haben unsere Theorien mit dem Kopfe nicht verstanden und können deshalb mit Vernunftgründen andere auch nicht überzeugen. Aber gefühlsmäßig begreifen sie alles, selbst die Schriften von Feder. Aus diesem Grunde sind sie auch immun gegen die Verführungs-lüste der jüdischen Presse. Sie lesen ja auch nur unsere Blätter. Sie haben eben dieselbe geistige Einstellung wie Frauen, denen das Erlebnis nicht durch den Verstand, sondern durch das Gefühl kommt.“

„Sie haben wohl ein sehr begeisterungsfähiges Publikum!“

„Ja, es überrascht mich immer wieder, wie sich unsere Leute über die belanglosesten Dinge freuen können.“

„Dann man nach Ihrem Prozeß fragen...“

Lüdenendorff als Wotan

Die Kirchenaustritte von Seelenfeld - Wotankult in einem westfälischen Dörfchen

In Seelenfeld, einem kleinen Dörfchen im Kreise Minden, ist fast die gesamte bäuerliche Bevölkerung aus der evangelischen Landeskirche ausgetreten und hat die Einrichtung einer bekennnisfreien Schule verlangt. Es handelt sich hier um einen einzig dastehenden Fall, der den Behörden Kopfzerren bereitet — denn die Einwohnerzahl ist Anhängerin von Lüdenendorff „Deutschglauben“ und wünscht ihre Schule auch in diesem Sinne geleitet zu sehen.

Der Fall hat eine furiose Vorgeschichte. Seelenfeld, ein kleines Dörfchen von rund 300 Einwohnern, hatte einen recht streitbaren Pfarrer. Der brave Gottesmann ging mit Feuereifer daran, die verderbten Sitten seiner stamm nationalen Gemeinde etwas aufzuräumen. Er hing damit an, daß er dem Männergesangsverein das Singen auf dem Friedhof verbot, weil dieser immerhin weltliche Lieder singe. Die Mitglieder des Vereins, die sich nicht beugen wollten, wurden aus dem Verein ausgeschlossen. Der Pfarrer verlangte, daß die Mitglieder der Kirche die Mitglieder des Vereins, die sich nicht beugen wollten, aus dem Verein ausschließen sollten. Der Pfarrer verlangte, daß die Mitglieder der Kirche die Mitglieder des Vereins, die sich nicht beugen wollten, aus dem Verein ausschließen sollten.

Die Pfarrer verlangte, daß die Mitglieder der Kirche die Mitglieder des Vereins, die sich nicht beugen wollten, aus dem Verein ausschließen sollten. Die Pfarrer verlangte, daß die Mitglieder der Kirche die Mitglieder des Vereins, die sich nicht beugen wollten, aus dem Verein ausschließen sollten.

Da besuchte nun eines Tages Herr Lüdenendorff mit seiner Gattin Mathilde das kleine Dörfchen. Er kam natürlich genau so zufällig nach Seelenfeld, wie er zufällig beim Kapo-Büchli am Brandenburger Tor sich eingekauft hatte oder beim Bürgerbräuhaus in München. Angenommen verfuhrte er die Seelenfelder für seinen neuen Glauben zu bekehrten. „Deutschglauben“ nennt sich diese Sache, die die „Einheit von Blut, Glauben, Kultur und Wirtschaft“ im deutschen Volke herbeiführt haben will und geeignet genug ist,

Politisches Rowdytum

Endlich sogar deutsch-nationale Einigkeit

Die täglichen Rohheitsakte, die von fanatisierten Sorden, meistens jugendliche Elemente, gegen politisch Andersdenkende verübt werden, haben nun endlich auch die Kreuzzeitung, das Organ des Grafen Westarp, zu einer Warnung und zu einem Protest veranlaßt. Die Kreuzzeitung schreibt:

„In den Nächten vom Samstag zum Sonntag und in denen vom Sonntag zum Montag am häufigsten knallen meistens aus dem Dunkel scharfe Schüsse aus Handfeuerwaffen auf politische Gegner. Manchmal wird auch der eine oder andere Einzelgänger von Rotten überfallen. Man schlägt ihm mit Schläuchen den Schädel ein oder sticht ihn mit Messern in den Rücken. Die Zahl der so um Leben kommenden Deutschen wächst in unregelmäßiger oder steter Kurve von Woche zu Woche an. Jede Partei hat auf diese Weise ihre Märtyrer, ihre Toten und Verwundeten.“

Drei oder zehn gegen einen, gilt nicht überall als Schande. Selbstverständlich ist der Geaner ein Lump, dem man kein Wort zu halten braucht, auf den man aus dem schließenden Dunkel schießen darf, den man nicht von vorne attackiert, sondern von hinten überfällt, wenn sich irgend eine Möglichkeit bietet. Die Art, wie im allgemeinen die Polizei, die hier nicht etwa politisch vertriebt werden soll, erst verhöhnt und dann gefürchtet wird, ist vom Standpunkte kämpferischer Männlichkeit gesehen, einfach entsetzt. Ein erst la „Trotziges Demonstrieren“, dann heftiges, wenn auch barellisches schreien, kann die Polizei, ganz gleich gegen wen sie einsetzt, nur zur verächtlichen Behandlung und infolge dessen Mißhandlung von Demonstranten veranlassen.“

Der Jugend muß gelangt werden, daß mit Wobau und Kramall und „Kampfen“ in der Zeit der Revolution von 1918 üblich geworden ist, hat sich nur die Jüde eigenen reinlichen, idealen Willens gezeigt und zum B 3 5 1 wird. Befürchtet die Jugend in den folgenden Monaten im Buchleperium der immer größeren Umfang annehmenden und immer unritzerlicher werdenden Kämpfe mit selbsttötenden Messern und von Sehern in argerem Umfang bezogener Pistolen, dann wird der Verlust Deutschlands und eine Neuordnung des Landes mit den so verdorbenen Elementen der deutschen Jugend zur Unmöglichkeit.“

Ein durch revolutionäres Deutschland würde notwendig seinen Wenzel seiner öffentlichen wie privaten Schulden bezahlen können und damit der Weltwirtschaft einen neuen entscheidenden Ruck in der Richtung nach unten verleben.

Es schon es wäre, mit einer deutschen Revolution dem Auslande Anst einzuweisen, so annehmbar der Gedanke wäre, daß der aber jener dann zur Verantwortung gezogen würde für das, was er an deutschen Volke verhandelt hat, eine deutsche Revolution, im Gegensatz der Gewalt, wie Bebel es einmal nannte, wäre bei der

einzigartige Gläubige beduelt zu machen. Der Kern dieser neuen Religion ist die Ablehnung des Christentums und ein Bekenntnis zu einem heidnischen Kult, den man vielleicht am besten mit Wotanismus bezeichnen kann. Wotan ist in Seelenfeld groß und Lüdenendorff sein Prophet.

Nun bagelt es in dem Dörfchen, in dem man sozialdemokratische Stimmen an den Fingern abzählen kann und wo die Fische sich nicht Nacht lagern — Kirchenaustritte. Hierbei war man genau so einmütig, wie zu früheren Zeiten, als man kontrollierende Finanzbeamte mit Forken und Senien zum Dorf hinaus prügelte.

Der Pfarrer wehrte sich so gut er konnte. Er bröte und wetteiferte, aber das machte die hilflosen Bauern nur noch barscharriger. Selbst der Hinweis darauf, daß die Kirche nicht mehr in Frage komme. Denn jetzt laufen sich die „Lammenberner“ in der großen Seelenfelder Kirche ein vier Morgen großes Grundstück, auf dem sich übrigens auch die beiden größten Hünengräber der Gegend befinden. Das Land ist für den Verein „Deutschglauben“ mit dem Sise in München aufgekauft worden. Sämtliche verstorbenen „Lammenberner“ sollen hier beigesetzt werden — ja, sogar General Lüdenendorff will hier einruhen. Denn es sei die einzige Stätte, so sagte er, wo er noch wahrhaftige Deutsche angetroffen habe.

Gegenwärtig wird also um die bekennnisfreie Schule gestritten. Sie wurde vom Elternrat sowohl wie vom Schulvorstand und der Gemeindevertretung beschlossen. Borerst wurde aber der einstige Schulmeister der Gemeinde vertrieben. Ein neuer Schulmeisterbewerber kam ins Dorf, aber der weiß mit den „deutschgläubigen“ Dönn nicht viel anzufangen.

Das ist nun sehr peinlich. Und noch peinlicher für das brüchige Bürgerium ist, daß demnach die zweite Auflage des Kirchenprozeßes folgen wird, denn der Pfarrer hat sich mit seiner Niederlage noch nicht zufrieden gegeben. Nun die Bauern wollen es dem Herrn Pfarrer schon „betreiben“, daß er ihr „Hedentum“ so mit Füßen treten sollte. Sie berufen sich darauf, daß Lüdenendorff ihnen geschrieben habe: Seelenfeld ist die einzige Stätte, wo er noch wahrhaftige Deutsche gefunden hat! Ja, wo er sich sogar beeraben lassen will!

Ungefährlich der deutschen Fronten mit so riesigen und so unumkehrbaren Blütopfern und mit so völligen Ruin und einer entsetzlichen Hungersnot vernichtet, daß alles daran gesetzt werden muß, um sie zu verhindern.“

Was die Kreuzzeitung sagt, kann ziemlich rechtlos untergeschrieben werden. Dazu ist aber noch die genaue Feststellung notwendig, aus welchen Parteilagern heraus diese politischen Rowdyhorben kommen und die weitere Feststellung, daß sie innerhalb dieser Lager von den Führern systematisch zu ihren schändlichen Gebahren aufgefordert werden: es sind die Parteilagern der Nationalsozialisten und der Kommunisten. Während vor einem Jahr noch die Kommunisten den Reford hielten in den bandenmäßigen Ueberfällen auf politisch Andersdenkende, sind ihnen jetzt die Nazis weitaus überlegen. Die Nazis haben das Kunststück fertiggebracht, in der infamen und strupelosen Aufstellung ihrer Anhänger zu Gewalttätigkeiten, die kommunistische Konkurrenz zu schlagen. Wird diesem Treiben nicht mit rücksichtsloser Strenge begegnet, so müssen in kurzer Zeit in Deutschland Zustände eintreten, die der mittelalterlichen Zeit des Faustrechts gleichen. Und dann ist Deutschland, da hat die Kreuzzeitung besonders recht, staatlich und wirtschaftlich verloren.

Das Osthilfeprogramm

Die Reichsregierung hat nunmehr ein Osthilfegefes fertiggestellt, das in den nächsten Wochen vom Kabinett noch eingehend beraten wird und dann schnellstens dem Reichstag und dem Reichsrat ausgeteilt werden soll. Das Gefes soll in Etappen von 1931 bis 1935 durchgeführt werden und sieht vorwiegend eine Entschuldung und Umhilfsaktion, vor für die mehrere hundert Millionen aufgewendet werden sollen. Man hofft, das Gefes bis zum 31. März parlamentarisch verabschieden zu können.

In die Osthilfeaktion werden nach Mitteilungen des Reichsministers Trautmanz im Rundfunk die weiteren Gebiete Schlesien, Westpreußen und jene Kreise Brandenburgs einbezogen werden, die bei der Grenzmarke liegen. Vorgesehen ist auch eine Erleichterung im Verfahren bei der Gewährung von Krediten. Es soll vor allem Dingen den Landwirten überlassen werden, bei Darlehen bis zu 5000 Mark allein die Entschuldung zu treffen. Während bisher durch komplizierte Fragebogen und den weiten Instanzenweg sehr viel Zeit verloren ging und die Hilfe häufig zu spät kam.

Reglementierung des Devisenhandels in Spanien

Madrid, 12. Jan. Der Staatsminister veröffentlicht ein Dekret, durch das der Verkehr mit ausländischen Devisen geregelt wird.

„Ich weiß, daß man mich mit allen Mitteln hier fortbringen will. Aber solange ich das Vertrauen von Hitler habe, weiche ich niemandem. Vergessen Sie auch nicht, daß wir Nazis als Schutzheiligen Götz, Berlichianen haben. Außerdem bin ich selber Jurist. Der Prozeß ist eine lächerliche, tendenziöse, aufgeschlupfte Bagatelle, der sich von selber auflöst. Und wenn nicht, erübrigt er sich recht bald durch andere — Ereignisse.“

„Sie meinen das dritte Reich?“

„Ja, bin legal. Zur Abwehr lästiger Presseangriffe genügt mir das Republikshuages. Außerdem ist unsere Stellung in Braunschweig so stark, daß wir über diese lächerlichen Angriffe gegen mich einfach zur Tagesordnung übergehen. Wer wie ich eine ganze Nation zeitlich und materiell von Grund auf verandern will, kann sich nicht mit dem verdorbenen Schweinefleisch von Karstadt aufhalten, das mir die bösen Marxisten jetzt in die Schuhe schieben wollen.“

„Wie wird sich diese geistige Erneuerung auswirken?“

„Wir werden die Schulbücher erneuern und die alten patriotischen Wandbilder wieder aufhängen. Und dann werden wir die setzlegenden Bücher der Zivilisationsliteratur ausmerzen: Ich kenne Thomas Mann, sein affektisches Blut spritzt aus jeder Zeile. Und dieser Remarque, er jammert nur über den ihm entgangenen Luftgewinn durch den Krieg. Wertwürdigermesse bezieht er nicht das wunderbare Erlebnis eines Sturmangriffes, der doch das Positive und moralisch Aufwühlende im Kriege ist. Da müssen Sie mal die Bücher von Jünger und Schaweweder lesen: Jeder Junge ist begeistert, wenn er io einen Bajonetangriff vorgelegt bekommt. Und diesen wundervollen Geist lassen wir uns und unserer Jugend nicht rauben.“

„Wie würden Sie ganz genau den Begriff des Nationalsozialismus definieren?“

„Der Nationalsozialismus ist der Kampf gegen den moralischen Schwinehund in uns selber.“

„Allerdings! Und wie steht es mit dem Antikommunismus?“

„Ich bin kein Antikomm. — Ich habe persönlich gar nichts gegen die Juden. Hitler übrigens auch nicht. Mir ist der Volkstutube tausendmal lieber als ein verhassteter Gott. Wir werden ganz

einfach die Juden als Fremde behandeln, die sie auch sind. Wir haben unser Programm hierfür schon längst bereit.“

„Und was sind Sie persönlich?“

„Ich bin totalist. Ich weiß, daß der Nationalsozialismus das letzte Reich am deutschen Stamme ist, das letzte Wunder der deutschen Seele.“

„Und wenn dieses letzte Wunder sich nun nicht erfüllt?“

„Dann ziehe ich mich ins Privatleben zurück. Entgegen allen Behauptungen meiner Gegner bin ich nämlich immer noch pensionierter Richter, wenn auch ausenblächlich im Ruhestand.“

„Das ist allerdings viel wert, wenn man die strafrechtlichen Konsequenzen der evtl. Weltgeschichte rechtzeitig abhaken kann.“

„Natürlich ist die Zusammenziehung unserer Mitglieder eine sehr untergeordnete. Wir haben den schlichten primitiven Mann aus dem Volke, der nicht begreifen, sondern gehorchen will, und wir haben auch die erlesenen Geister eines Dinter, Chamberlain und Rosenberg in den Reihen unserer Braunschweider. Da wir außerdem keine Juden zur Diskussion zulassen, bleiben wir ganz unter uns und unangreifbar: Wir helfen eben unser Programm nicht zur Diskussion, deswegen kann man es auch nicht widerlegen. Hingegen hat die Republik sich selber zur Diskussion gestellt — deshalb bin ich jetzt auch Minister in Braunschweig.“

„Sehr richtig. Aber wenn ich Ihnen einen Rat geben darf, setzen Sie vorfristig mit den Juden, die haben schon Tharax sein dieses Reich ausverkauft.“

„Das ist auch meine Furcht, daß wir große Mode werden. Ich liebe manchmal schon im Traume die Judenjugend auf dem Marktfürstnam mit dem Valenkreis insagieren gehen.“

„In Gottes Ohr — jedenfalls war es mir sehr interessant, mit Ihnen zu plaudern, Herr Minister, aber ich darf Sie nicht länger aufhalten. Gestatten Sie mir zum Abschiede, Ihnen maffel so und broche zu wünschen.“

„Sehr liebenswürdig — das ist wohl ägyptisch?“

„Man kann es auch io nennen — es kommt ja doch alles aus der selben Familie.“

Wir verabschieden uns mit hadentnallender misstrauisch-gewegnertiger Hochachtung. Hans Weimann

Kozi-Nazi-Radau im Rathaus

Die Sozialdemokraten fordern Inangriffnahme der Arbeiten für die Maxauer Brücke - Nazi-Stadtrat Worch beschimpft die Sozialdemokraten als Novemberverbrecher, Zigeunerbande, Lumpenbande, was beinahe zu Schlägereien zwischen beiden Teilen führte - Kommunisten-Spektakel

Karlsruhe, 13. Jan. 1931.

Der neuernannte Bürgerausschuss trat heute zum erstenmal zusammen und hat sich gleich einen „arosen Tag“ geleistet. Das Bauregister stand mitunter auf Sturm! Die beiden Kräftefraktionen, die Sozialdemokraten und Kommunisten sorgten dafür, daß es auch im Karlsruher Bürgerausschuss so ziemlich fasschenmäßig zuging. Die gemeinsame Ausführung und Zwischenrufe von Vertretern des dritten Reiches bzw. der Weltrevolutionäre gaben den Karlsruher Bürgerausschuss noch nie zu verschauen sind.

Alle sämtlichen Stadtväter und Stadtmütter sind erschienen. Die Galerie dicht besetzt, im Gegensatz zu früheren Sitzungen, zu denen sich die Öffentlichkeit ziemlich spärlich einfand. Man könnte freuen, daß das Interesse der Wählererschaft an den Beratungen der Bürgerausschussversammlung so groß geworden ist, wenn man nicht wüßte, daß so viele Zuhörer nur gekommen sind in der Erwartung, daß es etwas Sensationelles geben wird. Und sie konnten sie nicht genießen.

Oberbürgermeister Dr. Finter richtet vor Eintritt in die Tagesordnung Willkommensworte an die Versammlung unter Hinweis auf die Schwere der Zeit und der dadurch bedingten großen Beratungen der Bürgerausschussmitglieder. Aber der Gang der Beratungen zeigte, daß die ausgemeinten Worte für die Rat waren. Die erste Vorlage wird zur Beratung und Beschlußfassung aufbewahrt. Sie betrifft Notstandsarbeiten, also Erwerbslosentlastung für Arbeitslose. Der nationalsozialistische Stadtrat, Dr. Kullmann empfiehlt in kurzen, sachlichen Sätzen die Annahme der Vorlage, wobei er der Stadtverwaltung Anerkennung zollt, daß sie jede Gelegenheit benützt habe, um das Los der Erwerbslosen zu verbessern. Während der Gemeindeväter hörte man allerdings andere Meinungen.

Den Reden der Ausdrücke eröffnet Stadtr. Genosse Erb. Aus welchem seine Ausführungen nicht die ernste Sorge um die Erwerbslosen und der feste Wille heraus, ihnen zu helfen. Im Gegensatz des nationalsozialistischen Stadtrates findet er nicht, daß die Stadt alles zur Linderung der Arbeitslosennot getan habe, sondern er bemängelt gerade, daß nicht genügend zur Beseitigung der Not erfolgt ist, wobei er insbesondere auf die Forderungen der Karlsruher freien Gewerkschaften hinweist. Unter Genosse hat das Ohr des ganzen Hauses. Er wird ruhig angehört. Er was lebhafter wird es, als Stadtrat Schwan vom Zentrum spricht; denn von kommunistischer Seite wird er mit Zwischenrufen bedacht.

Man kommt der Rede der Nazipartei, Stadtr. Ziller. Auf seine Rede ist man diesmal gewohnt, denn alles erwartet, daß als Vertreter der Partei der Wahren Taten dem Bürgerausschuss einmal sei, wie die Not der Arbeitslosen in Karlsruhe beschaffen werden kann. Aber weit gefehlt! Was er empfiehlt, haben Sozialdemokraten und andere Parteien schon längst vorher gesagt. Er beschränkt sich lediglich auf das Nachsagen dessen, was andere schon seit Jahren ausgesprochen haben. Auch die Nazis in Karlsruhe haben das probate Mittel noch nicht entdeckt, wie den Karlsruher Erwerbslosen zu helfen ist. Der eiserne Nasenriemen tauet also nicht!

Als nächster Redner tritt die Kanone der Kommunisten, der Nationalsozialist Stadtr. Kullmann, auf. Anfangs sachlich, macht er jedoch so nach und nach erdärmlichste Demagogie. Er führt die reinste Komödie auf, komprimiert sich als Mittelstandsvertreter und muß sich durch Zwischenrufe gefallen lassen, daß er in seiner Polemik gegen die Sozialdemokratie verlogen hat, Zwischenrufe wie Unfug usw. muß er erwidern. Recht verlogen wird er, als ergerufen wird, daß die Sozialdemokraten an der kommunistischen Zeitung in Berlin der Lohn von 45 Pfa. abgebaut wurde. Nach seiner Ansicht hat der Lohn gerade voll auf in Ordnung. Den Erwerbslosen hat die Böningische Rede gewiß nichts genützt, aber bei der vorgesetzten Parteibehörde Herr Böninga ist doch ein großes Plus zu verzeichnen. Und das bei einem linientreuen Moskowitzer die Hauptfrage.

Die Freude Böningas währte nicht lange, denn sofort erfolgt die Abfertigung durch Genosse Schwan und zwar in ruhiger, aber desto gründlicher Weise. Er lautet dem SPD-Redner sofort, wenn man an Mägen erkranken würde, dann er (Böninga) nicht vor am Leben wäre. Genosse Schulenburg brandmarkt die Böningische Schimpferei als das, was sie waren, nämlich als elende Demagogie und hysterisches Geschrei. Als unter Redner den Schimpfen der Kommunisten in der Stadtratssitzung gegenüber den Erwerbslosen feststellt, da geraten sie außer Rand und Band. Besonders Stadtrat Bauer, der die Führerschaft der SPD-Fraktion an sich abtreten mußte, läßt sich keine Lunge ertragen kann. Von allem altes Schreien ist nichts, die Kommunisten haben im Stadtrat geistlich gangbare Mittel zur Beseitigung der Not der Erwerbslosen abgedacht. Dieser Verrat kann auch durch hysterisches Geschrei aus der Welt geschafft werden. Die Abfertigung sagt, aber auch der Vertreter des dritten Reiches werden abgesteuert. Recht unangekümmt wirkt auf ihnen, als der sozialdemokratische Redner ihnen versichert, daß sie nicht über die Bürgersteuer schimpfen sollen, indem er ihr Minister Frid sie in Thüringen eingeführt hat. Die Aufregung in den Reihen der Nazis wird immer stärker und als Gen. Schulenburg die Kritik als eine Weltkrisis bezeichnete, so kann dies Stadtrat Bierbrauer Worch nicht verdrängen, denn sein auf Nazipartei eindringendes Hirn ist offenbar untauglich, derlei Taktiken zu bezweifeln. Und er macht seinem Herzen mit der gemeinen und verlogenen Bemerkung Luft, daß die Verdreherei der Sozialdemokratie schuld sei. Er beschimpft die Sozialdemokratie als Zigeuner- und Lumpenbande. Das derartige freche und gemeine Verhalten auf Seiten der Sozialdemokratie nicht ohne weiteres angenommen wird, darüber wurden die Nazis sofort belehrt. Derzeit kommt es zum Zusammenstoß zwischen beiden Parteien. Verschiedene Nazi-Stadträte kommen ihrem Schimpfapostel zu Hilfe. Verschiedene Vertreter treten dazwischen und verhindern eine Schlägerei. Darüber müssen sich die Radoubanden von der Hitlerpartei klar machen, daß derartige Provokationen von der Sozialdemokratie nach dem üblichen beantwortet werden.

Die Ausführungen des ersten Naziredners sind allem Anschein nach bei den Nazisohnen zu sahn gewesen, denn der folgende „Redner“ Stadtr. Kramer fährt ein schärfere Geschütz auf. In der Sprache des Pimpernickel und in recht lausiblicher und prahlender Art leiert er die iblehde von Gemeinheiten und Lüge gegen die Sozialdemokratie geistliche Waise der Nazi ab, die nur die politische dummen Kerle Beifall finden kann. Gen. Koch nimmt hierauf die Abreibung des Moskowiters Böninga und des Nazivertreters vor. Und sie ist! Er verteidigt jedoch

des weiteren die Haltung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei in der Erwerbslosenfrage, stellt die positive Arbeit dieser Organisationen dem Vorkriegsgebäude der Moskowitzer und der Nazistatler gegenüber.

Wiederum legt Spektakel seitens der Kommunisten Böninga ein, als es zur Abstimmung kommt. Die Mahnung des Vorsitzenden, Böninga solle seinen Mund halten, ist fruchtlos. Böninga ist Herr des Hauses und nicht der Oberbürgermeister; denn er frackelt weiter. Rufe wie „herauschmeißen“ ertönen! Endlich kann die Abstimmung erfolgen.

Die anderen Vorlagen werden ruhig verabschiedet, bis auf die letzte, die Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses. Nach Vereinbarung unter den Parteien sollen nur noch 4 Vertreter jeder Kommission angehören, die Kommunisten wenden sich dagegen. Die Parteiführer ziehen sich zur Beratung zurück, eine Pause erfolgt. Ergebnis: es sollen 5 Vertreter gewählt werden. Der Kommunist Böninga schimpft nun gegen die Stadtverwaltung, die Verleihung von politisch betreibe und erteilt die Stadtdarstellung der Arbeiterzeitung. Er wird dabei sehr ausführlich und auffallenderweise recht sahn weilt der Oberbürgermeister die Angriffe zurück.

Die erste Sitzung war also reichlich mit Radau ausgefüllt. Bemängelt muß die Lage der Dinge durch den Vorsitzenden werden. Wenn er sich nicht mehr Geltung zu verschaffen weiß, wozu er auf Grund der Geschäftsordnung in der Lage wäre, sondern die Zügel schleifen läßt, wie es heute der Fall war, so werden derlei Radauszenen sich noch mehr wiederholen. Wäre der Vorsitzende gleich energisch gegen unverschämte Zwischenrufe der Nazis und der Weltwirtschaftler von der SPD vorgegangen, so hätte es wahrscheinlich nicht soweit kommen können. Wenn eben Zurechtweisungen nicht befolgt werden, so müssen andere Maßnahmen ergriffen werden, um eine geschäftsordnungsmäßige parlamentarische Arbeit erledigen zu können. Aber heute war die Situation doch so, daß Herr Böninga auf alle Aufforderungen des Vorsitzenden, den Mund zu halten und ruhig zu sein, nicht reagierte, sondern tat, was ihm beliebte. Also: Landrat (Oberbürgermeister) werde hart!

Sitzungsbericht

Oberbürgermeister Dr. Finter eröffnete um 4 Uhr die Sitzung. Anwesend sind 98 Mitglieder der beiden Kollegien. Vor Eröffnung der Verhandlungen beist der Vorsitzende die Mitglieder des neuen Bürgerausschusses herzlich willkommen. In schwerer Zeit tritt der neue Bürgerausschuss zusammen, in einer Zeit, wo die Not mit ganzer Wucht auf unsere Schultern lastet. Deshalb ergeht an alle Mitglieder des Hauses die Mahnung, mit allem Ernste an die Arbeiten heranzugehen, die der Stadt zum Segen gereichen sollen.

Als erster Punkt steht eine Vorlage des Stadtrates über

Beregung von Notstandsarbeiten

auf der Tagesordnung, über die bereits im Volksfreund des Adlers berichtet wurde. Es handelt sich zunächst um die Beregung der MS zwischen der Hohlstraße und Anleiten mit einem zu erwartenden Kostenaufwand von 180 000 Mark bei etwa 16 300 Erwerbslosenschülern.

Als weitere Notstandsarbeit ist die Errichtung eines Sodawasserwerks entlang dem Abwasserkanal von holländischen Kärmerkreuz nach dem Rhein mit einem Kostenaufwand von 225 000 Mark bei 24 000 Erwerbslosenschülern vom Stadtrat beschlossene und weiterhin die Errichtung von Dreiviertel des Gemeindeanteils an einer vom Badischen Staat durchzuführenden Notstandsarbeit, die Verlagerung des Rheinbrückenbauwerkes unterhalb von Maxau bis zur Abmündung mit 230 000 Mark für 25 000 Erwerbslosenschülern auslastet.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß hierzu von der sozialdemokratischen Fraktion folgende Entschließung vorgelegt wird:

Der Bürgerausschuss der Landesbauaufsicht Karlsruhe erachtet es für eine dringende Notwendigkeit, durch Beschaffung von Notstandsarbeiten die große Notlage der zahlreichen Erwerbslosen zu lindern. Durch die Errichtung der Rheinbrücke bei Maxau vom Beginn der Erdbelegungsarbeiten zur Erstellung des Bahndammes und der weiteren Arbeiten zur Erstellung der Brücke über die Rheinbrücke werden die Kosten der Brücke für diese Erdbelegungsarbeiten sofort aufzubringen. Hierdurch würde weder vom Reich, noch einer anderen Stelle bare Mittel gefordert, sondern lediglich die Zustimmung und der gute Wille zum Abschluß der notwendigen vertraglichen Bestimmungen erforderlich.

Die Notlage der Erwerbslosen verlangt gehobenermaßen Hilfe und kann diese auch bei gutem Willen aller Beteiligten abbracht werden, so daß in kürzester Zeit mit den Erdbelegungsarbeiten begonnen werden könnte. Der Bürgerausschuss hofft daher bestimmt, daß die Reichsregierung, gemäß der gegebenen Verpflichtung, mit dazu beiträgt, daß mit den Vorarbeiten zur Erstellung der Maxauer Rheinbrücke baldmöglichst begonnen werden kann und hierdurch die Notlage unserer Erwerbslosen einigermaßen abgemildert wird.

Oberbürgermeister Dr. Finter erklärt, daß die Stadtverwaltung bereits verschiedentlich Schritte in dieser Hinsicht getan habe. Er empfiehlt jedoch den kommenden Rednern, auf den Inhalt der Entschließung einzugehen.

Außerdem legt die kommunistische Fraktion einige Anträge zur Vorlage vor.

Der Obmann des Stadtratsvorsitzenden Stadtr. Kullmann (Nat.Soz.) erklärt, daß der Stadtratsvorsitzende die Annahme der Vorlage empfiehlt. Derselbe erkennt an, daß die Stadt nach besten Kräften bemüht ist, Arbeitslosigkeit zu schaffen. Wenn nicht mehr getan werden kann, so trägt die trostlose Finanzlage der Stadt Schuld daran.

Stadtr. Erb (Soz.)

Das Wort. Derselbe erklärt, daß die sozialdemokratische Fraktion der Vorlage im Prinzip zustimme. Damit ist die Angelegenheit aber nicht erledigt. Es ist notwendig, dazu etwas Prinzipielles zu sagen in einem Sinne, daß jeder, gleichviel welcher Fraktion, dem zustimmen kann. Auf eine Eingabe einer wirtschaftlichen Organisation wegen dieser Sache hat die Stadtverwaltung eine Antwort erteilt, in der sie alles aufgeschützt, was sie in dieser Hinsicht bis jetzt getan hat mit dem Hinweis, daß sie es bis jetzt an nichts haben fehlen lassen. Das genügt aber nicht. Es muß gesagt werden, daß die Stadt nach unserer Ansicht sich für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht so einsetzt hat, wie es notwendig wäre. Andere Städte, wie z. B. Durlach und Mannheim, haben in diesem Punkte entschieden mehr getan. Die Stadt war bisher in der Bewilligung von Mitteln nach unserer Meinung zu sehr zurückhaltend. Man kann die Arbeitslosigkeit nicht meistern, wenn die Notstandsarbeiten immer wieder monatlang aussetzen müssen. Die Stadt sollte in der Bewilligung von Mitteln für diesen Zweck nicht allzu zurückhaltend sein, sehr wenn sie gewisse Schuldenverbindungen damit übernimmt. Schwierigkeiten müssen damit einfach in Kauf genommen werden, das Leben für die Erwerbslosen ist eben auch schwer. Was zunächst

in Angriff genommen werden sollte, ist der Bau eines neuen Arbeitsamtes, da die Verhältnisse im jetzigen Arbeitsamt dringend Abhilfe erheischen. Dann sollte man endlich auch mal an den Bau des neuen Altersheims herangehen. Die unser barrenden Aufgaben sind gewiß schwer, aber die Fragen müssen eben gelöst werden. Am Schlusse seiner Ausführungen empfiehlt Redner den sozialdemokratischen Antrag zur Annahme.

Stadtr. Ziller (Nat.Soz.) stellt die Zustimmung seiner Fraktion zur Vorlage in Aussicht. Derselbe stimmt an, daß dieselbe nur gewissermaßen ein Anfang ist. Es darf nicht unversucht bleiben, um Arbeit zu schaffen, dazu gehört auch die Resolution wegen der Rheinbrücke. Redner verlangt davon, daß anstelle von Ueberflüssen neue Arbeitskräfte eingestellt werden sollen. Ferner wendet sich derselbe gegen die Doppelverdiener. — Stadtrat Schwan (Hitz.) behauptet, daß bis jetzt nicht mehr getan werden konnte. Wir müssen unter allen Umständen Arbeit schaffen. Das ist besser wie Beihilfen zu geben. Redner kommt dann auf den kommunistischen Antrag im Stadtrat zu sprechen auf Gewährung von Winterbeihilfen, der eine Ausgabe von 780 000 M verurteilt hätte, wenn die Mittel überhaupt dafür vorhanden wären. Es hat sich gezeigt, daß der Weg der Ablehnung der richtige war, nachdem sich gezeigt hat, daß die Antragsteller nicht mehr zu ihrem Antrag stehen wollen. (Anruhe bei den Kommunisten.) — Stadtrat Böninga (Komm.) stimmt der Vorlage zu und setzt sich dafür ein, daß bei Notstandsarbeiten der tarifmäßige Lohn bezahlt wird.

Stadtr. Schulenburg (Soz.) rednet zunächst erfolgreich mit den Kommunisten ab, die sich mit ihren Anträgen immer als politische Rindstöpfe betätigen. Sie bringen Anträge ein, von denen sie selbst wissen, daß sie unersetzlich sind. So auch ihre Anträge im Stadtrat für die Beschaffung der Mittel für die beschlossenen Winterbeihilfen, die a e l i c h sind, sind von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt worden. Diese Anträge wurden aber sowohl von den Kommunisten, wie auch von der Nationalsozialistischen abgelehnt. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen wendet sich Redner im wesentlichen gegen die nationalsozialistische Demagogie bei der Behandlung der heutigen Notstände in Deutschland. Die heutige Krise ist eine Weltwirtschaftskrise. (Nach diesen Worten legt ein von den Nationalsozialisten inszenierter Tumult ein, in dem die Worte des Redner zum Teil untergingen. Der nationalsozialistische Stadtrat Worch betätigte sich dabei als Hauptstreiter, indem er mit den Redner beleidigenden Schimpfworten um sich warf.) Redner fortfahrend: Der Weltkrieg hat eine Krise struktureller Art gebracht. Die Betriebe werden meist nur zu 40-50 Prozent ausgenutzt. Im Wahlkampf wurde von Seiten der Nationalsozialisten hauptsächlich mit der Tribulanz Deutschlands agitiert. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß wir eben einmal den Krieg verloren haben. (Neue Anruhe bei den Nazis. Zurufe „Dolchstoß“.) Der Dolchstoß ist ein Abwehrkennzeichen der Nationalsozialisten. Jedenfalls steht fest, daß die sog. Siegerstaaten auch eine Krise durchmachen. (Erneute Anruhe. Zurufe Frankreich.) Redner fortfahrend: Sowohl in Frankreich beginnt sich auch schon die Krise bemerkbar zu machen. Wir müssen jedenfalls alles aufbieten, um die Arbeiter wieder in die Betriebe hineinzubringen. Staat und Reich sollten mit einem ausgiebigen Arbeitsbeschaffungsprogramm eingreifen. Wir erwarten auch von der Stadt eine baldige Vorlage eines Programms, das Tausenden Arbeit und Brot gibt.

Stadtr. Kramer (Nat.Soz.) bringt allerhand ungereimten Unfug gegen die Sozialdemokratie vor, der nicht wert ist, registriert zu werden. Er stammt aus der Rüstammer der nationalsozialistischen Propaganda. Seine Hauptthesen waren: „Die Sozialdemokratie verkauft das Volk ans Ausland“, „Der Volksfreund wird von Juden ausgehalten“, „die Sozialdemokratie vernichtet den Mittelstand und läßt ihn unter Geld den Finanzgiganten zu“. Am Schlusse seiner Ausführungen gab er Aufschluß darüber, warum die Nationalsozialisten im Stadtrat für die Winterbeihilfe gestimmt haben, obwohl sie mußten, daß die Mittel dazu nicht vorhanden sind. Er lagte unter großer Heiterkeit, seine Fraktion hätte das deshalb getan, damit man sieht, daß die Nationalsozialisten etwas für die Erwerbslosen tun wollen. — Stadtr. Bauer (Verh.Gem.) stimmt namens der von ihm vertretenen Gruppen der Vorlage zu.

Stadtr. Koch (Soz.) beschäftigt sich insbesondere mit den falschen Behauptungen des kommunistischen Stadtrates Böninga hinsichtlich der Beschaffung der Notstandsarbeiten. Die Behauptung der Nationalsozialisten, die Sozialdemokratie hätte nichts getan für die Arbeiter, ist lächerlich. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat weitestgehende Vorschläge gemacht, wie der Not abzuwehren wäre. Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, wurde die Vorlage einstimmig angenommen, nachdem die Kommunisten unter Führung des Stadtrates Böninga noch vorher einen Geschäftsordnungsstreik inszeniert hatten.

Punkt 2 betrifft

Verkauf des alten Rathauses im Stadtteil Bulach an den katholischen Kirchenfonds.

Nach dem Stadtratsbeschlusse verkauft die Stadt die betreffenden Gebäulichkeiten an den katholischen Kirchenfonds Karlsruhe-Bulach zum Preise von 15 000 M bei einem Steuerwert von 76 000 M. Nach dem Eingangsbeschlusse der Stadt für die ehemaligen Gemeinde Bulach hat die Stadt die Verpflichtung übernommen, die Kinderschule im Stadtteil Bulach zu unterstützen. Der Wert dieser Verpflichtung ist mit 15 000 M angesetzt, der von der Kaufsumme in Abzug kommt, so daß der Stadt bei dem Geschäft noch der Betrag von 30 000 M verbleibt.

Diese Vorlage wurde ohne Debatte ebenfalls einstimmig genehmigt.

Die 2 folgenden Punkte betreffen Erwerb und Verkauf von Strohhalmgärten und einen Grundstücksverkauf. Beides fand ohne Debatte Annahme.

Der letzte Punkt der Tagesordnung, Wahl des Rechnungsprüfungsausschusses, löste eine längere Debatte mit den Kommunisten aus, die meinten, man wolle ihnen im Ausschuss keinen Sitz geben. Nachdem sich hierüber die Fraktionen kurz besprochen hatten, zu welchem Zwecke die Sitzung 10 Minuten unterbrochen wurde, wurden in geheimer Wahl folgende Bürgerausschussmitglieder gewählt: Rothweiler (Soz.) mit 94 Stimmen, Berg (Soz.) mit 92, Wild (Komm.) mit 91, Kiege (Nat.Soz.) mit 88 und Kiedinger (Komm.) mit 13 Stimmen. Schluß der Sitzung 8 Uhr.

Aus der Stadt Durlach

Arbeiterwohlfahrt. Es sei nochmals auf die heute Mittwoch, 14. Januar, stattfindende Generalversammlung der Arbeiterwohlfahrt Durlach hingewiesen.

Bezirkspartei Durlach

Bei der Bezirkspartei Durlach betragen im Jahre 1930 die Gemeinlagen 5 205 869 M, die Rückstellungen 4 594 025 M, mitfinanzierte Mehrlagen 6 118 844 M. Hierzu kommen noch kapitalisierte Zinsen in Höhe von circa 900 000 M, so daß die Gesamtvermehrung der Spareinlagen rund 1,5 Millionen Mark beträgt. Neue Einleger sind zugegangen 3034, abgegangen 964, mitfinanzierte Vermehrung 2070. Stand der Spareinlagen am 1. Januar 1931 14,1 Millionen Mark. Hierzu kommen noch circa 3 Millionen Aufwertungsguthaben. Die Zahl der Spareinleger beläuft sich auf 12 138.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

14. Januar. 1874 +Philipp Reis, Erfinder des Telephons. — 1887 Auflösung des Reichstaats. — 1890 +Sozialistischer Dichter Joh. Wedde. — 1905 +Pädagoge Ernst Abbe. — 1908 +Dänischer Dichter Sofie Drachmann. — 1920 +Sozialistischer Schriftsteller Ernst Krawinkel. — 1924 +Florweiliger Dichter Arne Garborg. — 1929 Zustand in Madagaskar.

Touristenverein „Die Naturfreunde“ Ortsgruppe Karlsruhe

Vortragsreihe Winter 1930/31

Gen. Stenz hielt am letzten Freitag einen feinen Vortrag über das Thema: „Kultur und Arbeiterklasse“. In durchaus klarer und verständlicher Weise erläuterte er den Begriff „Kultur“, was ihm besonders durch Beispiele verschiedener Art freilich gelang. Aus einer Erzählung von Robo-Robo, dem bekannten Schriftsteller, wozu auf einer dicht belebten Straßenbahn eine Anzahl junger Leute sich schließend um eine hochgewachsene Frau stellten, reißt aus dem Gefühl der Achtung, schloß Stenz die eigentliche wahre Kultur heraus. Erst aus Seele und Geist entsteht Kultur. Es gibt keine leeren und keine geistlose Kultur, das wäre Pseudokultur. Erläuternd und hinweisend auf die alte Kultur der Chinesen, die durch die prachtvolle Verbindung von Seele und Geist eine sehr hohe Kultur besaßen, kam der Redner auf die Kulturen von Mexiko, Peru usw. auf die römische gleichfalls hohe Kultur zu sprechen. Durch die Uebertragung des Geistes, mit der Hervorhebung des Herrenstandpunktes trat der Kulturverfall ein. Der römischen Kultur folgte die christliche Kultur, deren Entwicklung, Sünden und Arten wir heute noch aus unserer Umgebung feststellen können. Als Zeitscheit ist festzustellen, daß der Weltkrieg 1914/18 die Grenzgebiete zweier Kulturen bedeutet. Die bürgerliche Individualkultur verdrängt. Ihr folgt, d. h. in diese hinein bringt die Kultur der Arbeiterklasse, die nur kollektivistische Massenkultur sein kann. Festgestellt wurde, daß selbst von katholischer Seite die Entwicklung erkannt wurde. Daß die Arbeiterklasse zur Massenkultur drängt, beweist die Selbsthilfe durch die Gewerkschaften, Sozialdemokratische Partei und später der Arbeiterportvereine. Die Selbsthilfe hat zum Erfolg geführt. Stehen doch heute schon den Arbeitern, die die Begabtenprüfung bestehen, alle Hochschulfächer offen. Eine Volkshochschule ist nur Klasse, wenn sie eigenen Stil besitzt. Das Bürgerium ist heute im großen ganzen hilflos. Die Arbeiterklasse muß einen eigenen Stil schaffen. Anlässe hierzu sind reichlich vorhanden, z. B. die Massenmusik, Jugend und Sport haben auch bereits ihren eigenen Ausdruck, die Feste, besonders auch die der Naturfreunde, haben ihr eigenes kollektivistisches Gepräge. So wie die Revolutions- und Arbeiterkulturen müssen die Feste gestaltet, als Massenausdruck geformt werden. Wir brauchen eine Beratungsstelle für die Vereine, die planvoll und ein festes Ziel im Auge arbeitet. Alles was Richtig ist, muß der Kritik unterzogen und zurückgewiesen werden. Gelunde Geistes müssen wir in dieser Hinsicht besonders werden. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur aus sich selbst heraus kommen. Reicher Beifall und reichliche schöne Diskussion belohnte den Redner. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Presse sich nicht scheuen sollte, rückwärtslos die Vereinstätigkeiten ähnlich wie die Theaterkritik der Kritik zu unterziehen. Versuche nach dieser Richtung sind von uns schon öfters gemacht worden, aber die betreffenden Vereine haben sich dagegen gewandt, zum Teil sogar in geharnischter Erklärung. Lob schmeckt eben besser als Kritik! (Die Red.)

Am kommenden Freitag folgt der Vortrag des Gen. Meier-Weingarten über das Thema: „Jugendarbeit in der Naturfreundebewegung“. Am 23. Januar folgt Bildvortrag: „Ostertag auf den Großalpeiner“. Etwas besonderes für die Mitglieder von Professor W. Meurat. Karten dazu bei den Funktionären und den Vereinsabenden erhältlich (40 Pfg.).

Gesangsdulceter

Ein alter Arbeiterjunge schreibt uns: Am 1. Oktober waren es 40 Jahre, daß in Karlsruhe der erste Arbeitergesangverein gegründet wurde. Ich kann nicht umhin, als Mitgliebes, den Verdagang zu schildern. Bei der Reichstagswahl von 1887 bekam ich die erste Betätigung. Mein Nebenkollege in der Fabrik, ein Vertrauensmann der Soz. Partei, sagte: „Wir brauchen noch einen zur Flugblattverbreitung.“ Ich logte zu und bekam mit einem älteren Kollegen zwei Ortschaften in der Nähe von Karlsruhe zu bewachen. Was ich da als 19jähriger zu hören bekam, war alles, nur keine Schmeichelei. Meinem Kollegen ging es genau so. Uns fürzte das jedoch nicht; wir machten desto gründlichere Arbeit.

Die Wahl fiel nicht gut aus, was in Anbetracht des Ausnahmefalles nicht anders zu erwarten war. So verging 1887 und 1888 mit den üblichen Auflösungen von Versammlungen nach 8 1/2 des Sozialistengesetzes.

Im Jahre 1889 gründeten wir den Fachverein der Metallarbeiter. Es war keine Kampforganisation, die waren alle politisch verboten. Es waren lediglich kollektive Zusammenkünfte mit wissenschaftlichen Vorträgen, Sonntags kamen wir auch zusammen und lasen unsere Bücher aus dem Soz. Lesebuch, z. B. „Was ist das Gold zu Tag“ und andere. Hier war es Andreas Kalmbach, der uns mit seinen Vorträgen, sowie Rob. Kitzsch, der mit seinem Tenor alle Anwesenden zur Begeisterung brachte. Vorträge jeder Art hielten uns lange bestimmen.

Den Namen eines Mannes muß ich noch erwähnen. Er war ein guter Genosse, unser alter Fr. Töpfer. Obwohl schwer leidend, war er immer anwesend, und wenn wir sein Lieblingslied: „Ich bin Soldat, doch bin ich es nicht gerne“ sangen, freute er sich förmlich. Manchmal wurden wir gestört durch den Schuhmann Sens, einen Spiegel erster Güte; er kam öfters als Fuhrmann oder Metzgerbursche verkleidet, und wenn es hieß, der Senste ist in der Nähe, verhiimmten unserelieder.

So kam das Jahr 1890. Als das Ausnahmefesetz gefallen war, erging der Ruf nach Gründung eines Arbeitergesangvereins im Lokale Andr. Kalmbach, Kronenstr. 46. Die Gründung ging glatt von statten. Als Vorstand wählte Gen. Seuffert gewählt, ein alter Unionist. Er schloß auch den Namen Union vor, jedoch Kalmbach war mehr für Vorwärts, welcher Name dann auch angenommen wurde. Dem jungen Verein traten circa 35 Mitglie und 20 Pässe als Mitglieder bei. Gründung von Gesangsvereinen ist eine schwierige Sache! So war es auch bei uns. Da waren Bücher und Musikalien anzuschaffen; aber dank dem Danksinn der Mitglieder war bald alles behoben.

Eines muß ich noch erwähnen. Bei Andr. Kalmbach togte ausgangs der 80er Jahre der Pfeifenklub Vulkan. Vulkan war jedoch nur ein Deckmantel. Es wurden nicht nur Pfeifen geraucht, vielmehr kamen da die Vertrauensmänner zusammen. Hier wurde abgerechnet, Broschüren verteilt und Vorträge für Wahlen getroffen.

Nach dem Fall des Ausnahmefesetzes ging der Vulkan in den Wahlverein für Karlsruhe und Umgebung über. Ein Führer der Vulkanisten war gegen die Gründung eines Gesangsvereins. Man konnte es den Deuten gut nachfühlen, denn 12 Jahre Ausnahmefesetz, sie boten allerdings mitgemacht! Wir erhielten daher den Namen „Gesangsduleter“. Doch dieser Uebername war bald verschwunden. Wir waren aber stets auf dem Damm. Es wurde aber auch viel von uns verlangt. Die Kadereine sollten wie Wölfe aus der Erde; überall mußten wir mitwirken, an manchen Sonntagen an zwei Stellen.

Das ist in kurzen Zügen der Verdagang des Arbeitergesangvereins. Wenn ich in der Kronenstr. 46 vorbeigehe, muß ich immer denken: Die alten Hänger stehen noch, die alten Freunde sind dahin, denn meine alten Gesangsbrüder von 1890 sind alle bei der großen Urne.

An einem aber hab ich meine Freude, daß so viele Junge von den Alten heute tüchtige Arbeiterjunge sind.

Zum Schluß eine Bitte an die jungen Säger: Haltet fest an unserer Sache. Bleibt unserer Fahne treu und beherzt den Sängervogel.

Durch Lied und Sang begeistern wir,
Und öffnen laut der Freiheit Tür,
Zum Kampf die frohe Sängerschür,
Und hoch die Freiheit immerdar.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfall
Am Dienstag vormittag gegen 11 Uhr stieß Ede Durmersheimer- und Zepfelinstraße ein Motorradfahrer infolge Ueberachtungs des Vorfahrtsrechts mit einem Personenvagen zusammen. Er trug einen Bruch des Oberlefers, eine Quetschung des Halsbogens und eine leichte Gehirnerschütterung davon und mußte ins Städt. Krankenhaus eingeliefert werden. An seinem Motorrad entstand ein Schaden von etwa 300 M. Den gleichen Schaden befragt der Autofahrer.

Unfall
Eine 78 Jahr alte Witwe stürzte infolge eines Schwindelanfalles in einem Hause der Schifferstraße die Treppe hinab und brach sich dabei den linken Oberarm.

Diebstähle
Ein unbekannter Täter entwendete am Dienstag abend einem Weinbändler einen Personenvagen, den dieser vor einem Lokal in der östlichen Kaiserstraße aufgestellt hatte. Dem Wagen befanden sich 15 blaue Sekt, 25 blaue Gemüsekonzerven und Küchengeräte. Der Geländeträger beträgt etwa 1500 M. — Von einem Bauwerk Ade Karl Hoffmanns und Poststraße wurde ein Mauerwagen im Wert von 40 M. entwendet.

Aus den Vereinen

Die Arbeiter-Kadefahrer von Karlsruhe tagen

Am Sonntag, den 11. Januar, tagte in der „Deutschen Eiche“ die ordentliche Quartalsversammlung, welche einen der Zeit und den Verhältnissen entsprechenden guten Verlauf aufzuweisen hatte. Die Tagesordnung fand Annahme. Dem Geschäftsbereich des Vorstandes war zu entnehmen, daß die wirtschaftliche Deterioration sich auch auf die Organisation der Arbeiterkadefahrer auswirkt. Und wenn der Mitgliederstand sich bis jetzt noch nicht geändert hat, so ist in erster Linie dies der Agitationsarbeit und der Opferwilligkeit der Mitglieder zu danken. Auch die Kasse ist laut Bericht des Kadefahrers trotz verschiedener erhöhter Ausgaben stabil geblieben. Im dritten Punkt verberietete sich der Vorsitzende Geyer über die in Regie des Bundes geführten Unfall- und Haftpflichtversicherungen. Ausgehend von der Tatsache, daß durch die erhöhten Gefahren auf der Landstraße, hervorgerufen durch die rasch anwachsende Motorisierung der Verkehrsmitel, unsere Bundesleistung gewonnen sei, dem Ausbau unserer Versicherungen im Rahmen der Kraftortgrößtmögliche Aufmerksamkeit zu schenken, das andererseits aber auch von den Mitgliedern verlangt werden müßte, um eine unnötige Belastung der Bundeskasse zu vermeiden, sich streng an die Vorschriften der Verkehrsregeln und erst recht an die Satzungen des Bundes zu halten, um eine ruhige, den Mitgliedern dienende Abwicklung der Geschäfte zu ermöglichen. Die anschließende Aussprache erbrachte den Beweis, daß solche Vorträge nötig sind. Mit dem Wunsche, in neuen Geschäftsjahr von den Mitgliedern die nötige Unterstützung in der Führung der Ortsgruppengeschäfte zu haben, konnte die Versammlung vom Vorsitzenden mit unserem Lösungswort geschlossen werden.

(1) Schützen-Gesellschaft Karlsruhe 1721. Wie alljährlich, so hat auch in diesem Jahre die Schützen-Gesellschaft ihren kleinen Pfeilfesten im Schützenhaus eine Weihnachtsfeier abgehalten, die Kinder durch den Nikolaus der übrigen in diesem Jahre ganz besonders guter Laune war, reich beschenken zu lassen. Viel Freude bereitete Jung und Alt die Aufführung eines hübschen Theaterstückchens, das von den Kindern munterlich vorgespielt wurde. Musikalische und Gesangsbeiträge, sowie Gedichte und Tänze, vorgelesen von den Kindern der Gesellschaft, trugen zum guten Gelingen der Weihnachtsfeier bei. Alt und Jung gingen betrieblid, wie letzten, nach Hause. Am 17. Januar, 8 Uhr abends, findet der best bekannte Herrenabend im Künstlerbauaal statt, für den der Veranstaltungsrat, wie immer ein reichhaltiges Programm vorbereitet hat. Aber die Durchführung des Schützenballes konnte sich der Verwaltungsrat noch nicht schlüssig werden.

Veranstaltungen

Einiges über die Teilnehmer an den internationalen Berufsring-Kämpfen im Colosseum. Beginn der Veranstaltung am Freitag, den 16. Januar 1931

Die Colosseum-Direktion teilt mit: Obwohl die Teilnehmerliste noch nicht abgeschlossen ist, kann man sich trotzdem heute schon ein Bild von der großartigen ringkampfsporlichen Veranstaltung machen, wenn man die Namen der bis jetzt bekanntgewordenen Kämpfer von Beliruf liest. Die zur Teilnahme an den Kämpfen formellisch verpflichtet worden sind. Darunter befinden sich für den besten Platz neue Namen. Da ist zuerst der Pole Wabel Kitz zu nennen, der in allen Weltkämpfen ein gewichtiges Wort zu reden hat und über gewaltiges Können verfügt. Darius Vitauca, der bekannte Draufgänger, 19 und diesmal wieder mit von der Partie. Ein äußerst interessanter Teilnehmer ist der Neuzugewinnung William Thompson Zentral-Amerika. Dieser schwerer Gewichtes mit seinen mächtigen Muskelpartien ist ein Kämpfer von ganz großem Format. Gleich-Vortrügen entsendet seinen Schwergewichtmeister Will Morell Hierbold, ein früherer bedeutender Amateurringer, ist Meister von Maluren. Aus der Heimat kommt der Ringerriese Prochaska. Aus Hamburg kommt der hier sehr beliebte und äußerst gewandte Ringkampfkonkurrenz Schwärzler, welcher auch diesmal wieder seinen feiner feinsten Ringkampfstil abgeben wird. Ebenfalls in vertreten durch seinen neuen jugendlichen Meister Max Bogmann. Außer noch einigen Kämpfern, mit denen die Verhandlungen schweben, gesellt sich hinzu der Sieger aus den letzten Ringkämpfen, Europameister Fritz Stolzenwald, der vor einer großen Aufgabe steht, wenn er die deutschen Farben mit Erfolg gegen den Kultur der Ausländer zu Ehren bringen will. Die Ringkämpfe unterliegen der Kontrolle des internationalen Ringerverbundes. Organisation und Kampfstellung liegen in Händen des hier im besten Ansehen stehenden offiziellen Kampfrichters des R.A.S. Herrn Carl Edgolds. Den Ringkämpfen voraus geht allabendlich ein ausgezeichnetes Varietés-Programm.

Sinfonie-Konzert. Wir möchten an dieser Stelle nochmals darauf hinweisen, daß das Philharmonische Orchester (ehem. Gemeinschaftsorchester) heute sein 2. Sinfonie-Konzert veranstaltet. Zur Mitwirkung hierbei wurden diesmal zwei Solisten aeminnen, darunter als auswärtiger Gast eine von der germanen Kritik bisher als vorzüglich bezeichnete Sängerin. Wie aus dem Anzeigenblatt und aus den Plakaten ersichtlich, wird Maria Kamdt Lieber von Wabser, Debussis, Wolf und anderen Komponisten singen. Außerdem bringt der durch seine reife Kunst hinreichend bekannte Konzertmeister Pfeiffer das G. Ross-Wolff-Konzert mit Orchesterbegleitung zum Vortrag. Schon das erste Sinfonie-Konzert wurde

feinerseit mit starkem künstlerischem Erfolg aufgenommen und es steht zu erwarten, daß auch dieses 2. Sinfonie-Konzert des Philharmonischen Orchesters einen gleich guten Erfolg aufzuweisen haben wird. Der Besuch des Konzerts, zu welchem noch Karten im Vorverkauf zu haben sind, kann also nur empfohlen werden.

Daxlanden

Bezirksgeneralversammlung der Sozialdemokratischen Partei

Am letzten Samstag fand unsere Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Den Bericht für den Berichtsjahr gab Gen. Frenzel. Die Arbeit im Bezirk war sehr reger, es fanden statt 8 Bezirksversammlungen für Frauen, 1 öffentliche Frauenversammlung, 2 Bezirksversammlungen für Jungen, 1 öffentliche Frauenversammlung, 1 Versammlung für Jungen, 1 öffentliche Frauenversammlung, sehr gut besucht waren. Der Bezirksleiter hielt noch 7 Sigmunden ab und war neunmal vertreten im Ortsvorstand. Die Bezirksversammlung fand ebenfalls als gut bezeichnet werden, 90 Prozent aller Mitglieder haben ihre Beiträge entrichtet. Die Bezirksleiterung in 4 Unterbezirke hat sich gut bewährt, was bei der Flugblattverbreitung besonders festzuhalten war. Auch unsere Zeitungsträgerinnen wurde sehr oft herangezogen zum Austragen von Handzetteln, was dem Doman dankend anerkannt wurde.

Die Aussprache über diesen Bericht befaßte sich im Rahmen des Berichts. Es sprachen die Genossen: Kunz, Hill W., Müller, Würz und Jäg. Genosse Hill sprach besonders dem Genossen Frenzel den Dank aus für seine Arbeit. Gen. Müller-Würz wies auf die Bewegung unserer Gegner hin. Wir dürfen dieselbe nicht unterschätzen. Auch Genosse Jäg mahnte zur Kampfbereitschaft gegen unsere Gegner. Der Vorstand zu unserer Führern darf nicht losrennen. Nachdem Genosse Frenzel die Einmütigkeit der Versammlung zum Geschäftsbericht feststellte hatte, wurde zum Punkt Neuwahl geöfnet. Der Bezirksauschuss hatte sich geeinigt, der Jugend das Feld zu räumen, die Alten sollen als Beisitzer mitwirken und der Jugend hilfreich zur Seite stehen. Gewählt wurden: Als Obmann Ed. Kunz jr., Stellvertreter Frenzel; als Schriftführer Müller-Würz Billi. Als Beisitzer und gleichzeitige Vertreter für die Sportvereine: Müller-Würz S., K. W. terer S., Weid Jol., Hoffmann S. ten, Als Vertreter der Jugend Fähringer Ga. für die Frauen Gen. Ida Schma. 1. Unterbezirksführer: Fritz Schmidt, Heinz Hoffmann jr. 2. Unterbezirksführer: Fritz Feuer.

Nachdem die Wahl vorüber war, dankte Gen. Kunz für das entgegengebrachte Vertrauen und versprach für die gesamten Bezirksleiterung im Interesse der Partei zu wirken und zu arbeiten. Hierauf schloß Gen. Frenzel die gut verlaufene Versammlung am 11 Uhr.

Küppur

Generalversammlung des Arbeiter-Turnvereins. Vergangenen Sonntag hielt der Arbeiter-Turnverein in Karlsruhe seine diesjährige Generalversammlung ab. Die Wichtigkeit der Tagesordnung sprach die rührige Tätigkeit der Funktionäre hätte durch mehr Mitgliedschaft von Seiten der Mitglieder belohnt werden dürfen. Im Programm des Geschäftsberichtes sah man das Jahr 1930 als eines der arbeitreichsten. Durch die wirtschaftliche Notlage war das Arbeiten der Mitglieder erschwert. Der Mitgliederstand, sowie der Kasienbestand, freuden, da ersterer der gleiche wie im Vorjahr ist und letzterer erhöht hat. Die Turnarbeit freuen sich über einen guten Stand. Turnbegeisteter, der sich willig zeigt, den Turnbetrieb zu machen. Die Jugendbewegung kann nicht ganz vernachlässigt werden. Der Zukunft das Hauptaugenmerk gelten. In der Diskussion wurde dem Vorstand ein großes Kompliment ausgesprochen, daß er sich nicht nur um die Mitglieder, sondern auch um die Jugend bemüht. In Wien, welcher schon jetzt mit größtem Interesse entgegengekehrt wird. Mit dem Hinweis, für die Arbeiterpreise zu wirken und sportliche Einrichtung zu beantragen, ging es mit dem Programm „Wann wir streiten“ an die Arbeit im neuen Jahr zum Wohl der Bewegung.

Tageskalender der Sozialdemokratischen Partei Karlsruhe

Sitzung des engeren Vorstandes
Freitag, 16. Januar, abends 8 Uhr, im Volkshaus Städt. des engeren Vorstandes. Am rünftlichen Ergehen wird abgesehen.

Bezirk Oststadt
Vorstandssitzung. Die Vorstandsmittglieder werden gebeten, heute Mittwoch abend Punkt 8 Uhr bei Gen. Deubel, Frühlingstr. 27, im Volkshaus. Eine dringende Angelegenheit macht die Anwesenheit aller Vorstandsmittglieder notwendig.

Bezirk Westheim
Parteiversammlung. Am Samstag, 17. Januar, findet im Saalhangar „Zum Risch“ eine wichtige Mitgliederversammlung statt. Die Parteigenossen und Parteigenossinnen mögen sich pünktlich am Samstag abend 7 Uhr bei Gen. Deubel, Frühlingstr. 27, im Volkshaus versammeln, um recht zahlreich diese Versammlung beizubehalten.

Bezirk Küppur
Die Hauptversammlung des Bezirks findet im heutigen Mittwoch, 14. Januar, 20 Uhr, im Kindergarten Städt. Die Tagesordnung umfaßt Mitteilungen, Geschäftsbericht, wählbare Anträge. Es ist zu erwarten, daß unsere Parteimitglieder an dieser Versammlung zahlreich erscheinen.

Eine gute Bibliothek der Partei steht den Genossen und Parteigenossen unentgeltlich zur Verfügung. Bücherausgabe tags und Donnerstags von 18 bis 20 Uhr bei Gen. Deubel, Frühlingstr. 27.

Wochenprogramm der Kinderfreunde

Wochentag und Jungfrauen (Ch): Mittwoch, 16 Uhr, Zulukschule, Städt. Wochentag (Ch): Unter Gruppenzusammenkünfte finden im Volkshaus immer Mittwoch und Samstag von 6-8 Uhr statt. Wochentag (Ch) ist jedem offen.

Wochentag (Ch): Zusammenkunft Samstag 3 Uhr Jugendfreunde (Ch): Mittwoch, 5 Uhr, Ostenderschule. Mit neuen neue Kinder.

Junge Frauen (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft.

Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft.

Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft.

Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft.

Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft.

Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft.

Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft.

Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft.

Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft.

Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft.

Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft. Wochentag (Ch): Samstag, 4 Uhr, Zusammenkunft.

